

Johannes-Maria Lex

Von: Informationsdienst der Plattform EduCare [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 23. März 2010 15:30
An: presse.klub@oevp-wien.at; redaktion@oe24.at; claudia.gartner@kphvie.at; Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at; Hedwig.Lutz@wifo.ac.at; presse@vorarlberg.at; wien.presse@spoe.at; thomas.kluger@spw.at; nina.boehm@extern.wien.gv.at; presse.klub@oevp-wien.at; presse.wien@gruene.at; marie-louise.zailer@univie.ac.at; presseabteilung@bmwfj.gv.at; hufschlag@fh-koblenz.de; bernhard.j.koch@uibk.ac.at; Haspel Saskia ; PollhammerE@praevention.at
Betreff: Sammelmeldung 24.03.2010
Anlagen: Tageseltern in Österreich.pdf; Flyer_kiwe_gew_Web1.pdf; Einladung Institutstagung 2010.pdf; Workshop-Abstracts 2010.pdf

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

FORSCHUNGSPROJEKT eleMENtar Fachtagung 11. und 12. 06. 2010 in Innsbruck

Informationen:

[Forschungsprojekt](#)

ANMELDUNG:

[Forschungsprojekt-Fachtagung](#)

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 23.03.2010 15:29:56

[VERANSTALTUNG ZUR NEUGESTALTUNG DER PÄDAGAGINNEN-AUSBILDUNG IN ÖSTERREICH MIT HOCHKARÄTIGER BESETZUNG](#)

[TOP-MELDUNGEN](#)

[Derzeit leiden Volksschullehrer unter der Sorge, ihre männliche Identität zu verlieren. Außerdem glauben sie, sich gegen den Vorwurf der Pädophilie verteidigen zu müssen](#)

[Die Erwartungen an das Personal in Kindertageseinrichtungen sind hoch: Sie sollen eine umfassende frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung gewährleisten und dabei die Entwicklung jedes einzelnen Kindes im Blick haben.](#)

[profil blog» Blog-Archiv » Im Kindergarten ausgesondert](#)

[Werden auch hochbegabte Kinder mit Migrationshintergrund und besonders fähige Schüler aus bildungsfernen Milieus im österreichischen Schulsystem ausreichend erkannt und adäquat gefördert?](#)

[ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN](#)

[APA-Meldungen Zukunft/Wissen](#)

[AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN](#)

[PH-Online](#)

[AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN \(OHNE PH'EN\)](#)

[Übersicht](#)

[BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK](#)

[Übersicht BAKIP's](#)

[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[BM:UKK / BMWF](#)

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

[Gesundheitspreis des Landes Kärnten verliehen](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Projekt "Bewegungskindergarten" startet durch](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[Vassilakou: Steuervorteile abschaffen und damit Kindergartenplätze fördern](#)

[Smolik/Grüne Wien: Oxonitsch hat jahrelang dem Personalmangel bei der Kinderbetreuung zugesehen](#)

[VP-Riha ad SP-Oxonitsch: Es geht nicht ums Zaubern sondern ums Planen](#)

[SP-Krotsch: Gratis-Kindergarten unterstützt Familien und vor allem die Frauen!](#)

[Kindergarten - SP-Wutzlhofer: "In Wien ist der Gratiskindergarten Wirklichkeit geworden!"](#)

[FPÖ-Gudenus: Wiener SPÖ bietet weder ausreichend Kindergartenplätze noch genügend Pädagogen](#)

[Wiener ÖVP bilanziert zu "ein Jahr Gratis-Kindergarten"](#)

[VP-Riha: In Wien gibt es KEINEN Gratis-Kindergarten](#)

[Grüne Wien/Smolik zu einem Jahr Gratiskindergarten: Zu wenig Plätze für 3jährige](#)

[Brauner: Verteilungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik](#)

ELEMENTARPÄDAGOGIK

[Förderungsmöglichkeiten](#)

FAMILIENPOLITIK

[Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien](#)

[Heinisch-Hosek in ÖSTERREICH: "Alleinverdienerabsetzbetrag für Kinderlose streichen"](#)

[FY-Wien: Unsere Kinder werden Opfer einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik](#)

[Heinisch-Hosek: Ohne Sozialleistungen wären doppelt so viele Frauen armutsgefährdet](#)

INKLUSION. INKLUSIVE PÄDAGOGIK

[Fachtagung "Bildung konsequent inklusiv" am 11.06.2010 in Berlin](#)

KINDERBETREUUNG

[AUGE/UG und KIV/UG laden zum Sozialgipfel ins Wiener Rathaus: "Sozialmilliarde statt 'Spardiktat'!"](#)

[Frau in der Wirtschaft: Quotenregelung für Frauenförderung zuwenig](#)

KINDERRECHTE

[Marek: Es geht um das Wohl des Kindes im Hier und Jetzt](#)

MONTESSORI

[Montessori-Schulen klagen über Drangsalierung](#)

[Oft Aufnahmeprüfung bei Wechsel](#)

[Gütesiegel für "echte" Montessori-Schulen](#)

[Keine Vermischung mit anderen Konzepten](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[KPH Wien/Krems lädt zum Symposium "sinn:voll" - Begabungskulturen zwischen narzisstischer Illusion und sozialer Verantwortung - 11. ECHA Tagung Österreichs vom 14.4.2010 bis zum 16.4.2010](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)

[Forderungen](#)

[Mitglieder](#)

[Presse-Aussendungen](#)

[Wochenreport für Ihre Homepage <http://www.Plattform-EduCare.org>](#)

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

[Forschungsbericht 3: Tageseltern in Österreich](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße Pädagogik - Veranstaltungen und Events](#)

[„Kinder brauchen Männer“! Männer in der Kinderbetreuung – neue Perspektiven für die Elementarpädagogik](#)

SONSTIGES

[Tagung des Instituts Suchtprävention 17. Mai 2010, 9.00 – 17.00 Uhr, Redoutensäle-Linz: "Kommunale Suchtprävention: Modelle, Chancen, Spannungsfelder"](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

Veranstaltung zur Neugestaltung der PädagogInnen-Ausbildung in Österreich mit hochkarätiger Besetzung

Ort: Landesgerichtsstraße 6, 1010, Wien
 Datum: 25.03.2010
 Zeit: 14:30:00

[Termin herunterladen \(.vcs\)](#)

Wien (OTS) - Die von Wissenschafts- und Unterrichtsministerium eingesetzte Arbeitsgruppe "Lehrer/innenbildung NEU" hat im Dezember 2009 erste konzeptive Vorstellungen zur Neugestaltung der Lehrerbildung in Österreich präsentiert. Die Reaktionen darauf waren und sind kontroversiell, der Endbericht steht noch aus. Gemeinsamkeiten mit, aber auch klare Widersprüche zu einer im Rahmen des Nationalen Bildungsberichts 2009 erschienenen Expertise sind erkennbar.

Noch aber steht eine systematische Diskussion aus. Die Veranstaltung ermöglicht erstmals eine Gesamtschau der vorliegenden Analysen, Argumente und Empfehlungen. Führende Vertreter der beiden Ministerien, Bildungsforscher und Betroffene aus Universitäten und Pädagogischen Hochschulen treffen in einer Podiumsdiskussion aufeinander. Eingeleitet wird diese durch Vorträge, in denen Mitautoren die jeweiligen Expertisen ausführlich vorstellen.

Das detaillierte Tagungsprogramm ist zu finden unter:
http://www.oefeb.at/veranstaltung/Fruehjahrstaagung_2010_Programm1.pdf

Veranstaltung zur Neugestaltung der Lehrerbildung in Österreich mit hochkarätiger Besetzung

Veranstalter: Sektion Lehrerbildungsforschung in der ÖFEB
 (Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen)

Datum: 25.3.2010, 14:30 - 19:30 Uhr
 Ort: Landesgerichtsstraße 6, 1010 Wien

Rückfragehinweis:
 Institut für Bildungswissenschaft, Sekretariat
 Maria-Theresien-Straße 3/18
 3. Stock / Top 18, A-1090 Wien
 Festnetz: +43 1 4277 46725, Fax: +43 1 4277 46720
 E-Mail-Adresse: marie-louise.zeiler@univie.ac.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://www.ots.at) ***

TOP-MELDUNGEN

Derzeit leiden Volksschullehrer unter der Sorge, ihre männliche Identität zu verlieren. Außerdem glauben sie, sich gegen den Vorwurf der Pädophilie verteidigen zu müssen

[Volksschullehrer fürchten um männliche Identität - Beruf: Lehrer/in - derStandard.at > Bildung](#)
 derstandard.at
 Und den Vorwurf der Pädophilie - Geld allein kann nicht mehr Männer in Beruf bringen

Die Erwartungen an das Personal in Kindertageseinrichtungen sind hoch: Sie sollen eine umfassende frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung gewährleisten und dabei die Entwicklung jedes einzelnen Kindes im Blick haben.

Ihre Angebote sollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern, Versäumnisse familialer Erziehung ausgleichen und die Kinder fit für ein Leben in einer Leistungsgesellschaft machen und dabei möglichst geringe Kosten verursachen.

Mehr anzeigen

[Nachricht](#)

www.weiterbildungsinitiative.de

Autoren: Christian Peucker, Nicola Gragert, Liane Pluto, Mike Seckinger
 Die Erwartungen an das Personal in Kindertageseinrichtungen sind hoch: Sie sollen eine umfassende frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung gewährleisten und dabei die Entwicklung jedes einzelnen Kindes im Blick haben. ...

[profil blog» Blog-Archiv » Im Kindergarten ausgesondert](#)

blog.profil.at

Migration. Wie profil in der aktuellen Titelgeschichte Katastrophengebiet Kindergarten anschaulich darstellt, ist die Situation der Kinderbetreuung in Österreich alles andere als sozial gerecht. Eine qualitative ...

Werden auch hochbegabte Kinder mit Migrationshintergrund und besonders fähige Schüler aus bildungsfernen Milieus im österreichischen Schulsystem ausreichend erkannt und adäquat gefördert?

Wird in der Berufsbildung nach überdurchschnittlich talentierten und hochbegabten Lehrlingen gesucht? Wenn ja, wie findet eine entsp...rechende Förderung an Schulen bzw. Berufsschulen und in Ausbildungsbetrieben statt?

[schule.at - Österreichisches Schulportal - Ressourcen, Schulen, Schulintranets, ...](#)
[www.schule.at](#)
 schule.at - Österreichisches Schulportal - Bereich: news

ALLGEMEINE ÜBERSICHTEN

APA-Meldungen Zukunft/Wissen

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &
Fortbildung an
BAKIP's

BM:UKK / BMWF

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

→ Bildungsrahmenplan http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10698505_50921458/6a74bfc9/BMG_Kreativ-Folder_10seitig_vers7_.pdf

→ Text: <http://www.plattform-educare.org/Bundeslaenderuebergreifender%20BildungsRahmenPlan%2011.2009.pdf>

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Gesundheitspreis des Landes Kärnten verliehen

Utl.: LR Kaiser: Gesundheitsbewusstsein in Kärnten steigt - Sieger kommen aus Klein St. Paul, Ferlach und Hermagor =

Klagenfurt (OTS/LPD) - Bereits zum siebenten Mal wurde gestern,

Dienstag, der Gesundheitspreis des Landes Kärnten vergeben. Gesundheitsreferent LR Peter Kaiser würdigte damit besonders herausragende Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsvorsorge. Vergeben wurde der Preis in drei Kategorien: In der Kategorie "Allgemeine Gemeindeprojekte" wurde aus zehn eingereichten Projekten die Gesunde Gemeinde Klein St. Paul mit ihrem Projekt "Fit und G'sund in Klein St. Paul" von einer fachkundigen Jury zum Sieger ernannt. Das Projekt umfasste die Themenschwerpunkte Ernährung, Bewegung, Entspannung sowie kulturelle Maßnahmen und konnte somit alle angestrebten Zielgruppen erreichen. Die Gemeinde erhielt die Isis Noreia-Siegerstatuette und einen Scheck über 2.000 Euro für weitere gesunde Aktivitäten. Auf den Plätzen zwei und drei folgten die Gemeinde Reißeck mit dem Projekt "Von Klein bis Groß ist in Reißeck was los" und St. Veit an der Glan mit dem Projekt "Kimama - Kinder- und Elternbetreuung". Sie erhielten 1.500 bzw. 1.000 Euro.

In der Kategorie "Gesunde Schule" ging aus drei nominierten Projekten die Volksschule Ferlach mit "Kulturen verbinden - Brücken finden" als Sieger hervor und erhält dafür 750 Euro. Ebenfalls 750 Euro erhält der **Kindergarten** Hermagor-Presseggersee. Dieser gewann mit dem Projekt "Glückliche und fröhliche Kinder von heute - gesunde Erwachsene von morgen" in der Kategorie "Gesunder **Kindergarten**". "90 Gesunde Gemeinden und die große Zahl eingereicherter Projekte zum Gesundheitspreis zeigen, dass die Begeisterung für das Thema Gesundheit in Kärnten von Klein bis Groß beständig weiter wächst", bedankte sich Kaiser für das große Engagement. Die Projekte würden beweisen, dass das Gesundheitsbewusstsein in Kärnten steige und wir dem Ziel, Kärnten zum gesündesten Bundesland zu machen, Schritt für Schritt näher kommen. Der Gesundheitsreferent verwies auch darauf, wie wichtig es sei, das Thema Gesundheit und Eigenverantwortung dafür schon in den Köpfen von Kindern zu etablieren, denn: "Gesunde Kinder sind die gesundheitsbewussten Erwachsenen von morgen."

Alle Kärntnerinnen und Kärntner hätten den Wunsch, möglichst lange möglichst gesund zu bleiben. "Niemand ist leidenschaftlich gerne krank. Deswegen sehe ich es als meine Aufgabe, alles dafür zu tun, einerseits gesundheitsfördernde und gesundheitspflegende Angebote bereit zu stellen und andererseits die Menschen dazu zu motivieren, diese Angebote vermehrt an- und die Verantwortung für die eigene Gesundheit in die eigenen Hände zu nehmen", erklärte Kaiser.

(S E R V I C E: Infos unter www.gesundheitsland.at)
(Schluss)

Rückfragehinweis:

Kärntner Landesregierung, Landespressedienst
Tel.: 05- 0536-22 852
<http://www.ktn.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/13/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine**VORARLBERG**Vorarlberg: www.vorarlberg.at**Meldungen:****Projekt "Bewegungskindergarten" startet durch**

Utl.: LR Stemer: "Weichen für ein gesundheitsbewusstes Leben schon früh stellen" =

Bregenz (OTS/VLK) - Mit dem Projekt "Bewegungskindergarten" setzt Vorarlberg einen weiteren Impuls in Sachen Gesundheitsförderung bei Kindern. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit dem Sportservice Vorarlberg dem besorgniserregenden Trend zu Übergewicht und gesundheitlichen Mängeln bei Kindern wirksam entgegenzutreten, sagten Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Siegi Stemer heute, Dienstag, im Pressefoyer.

"Die Weichen für ein gesundes Leben werden in jungen Jahren gestellt, deshalb muss die Bewusstseinsbildung dafür so früh wie möglich ansetzen", sagte Stemer. Da fast alle Vierjährigen in Vorarlberg einen **Kindergarten** besuchen, biete dieser die optimale Möglichkeit, um gezielte Maßnahmen gegen Bewegungsmangel und seine Folgen zu setzen.

Deshalb haben der Sportservice Vorarlberg und das Kindergarteninspektorat bereits im letzten Jahr die Weiterbildungsoffensive zum "Bewegungskindergarten" gestartet. Die Kursinhalte für die teilnehmenden Kindergartenpädagoginnen reichten von entwicklungsphysiologischen Aspekten über die Entwicklung wichtiger motorischer Fähigkeiten im Kindesalter bis hin zum spielerischen Bewegungstraining. Der zentrale Ansatz liegt darin, einfache Übungen in den Kindergartenalltag einzubauen und den Kindern die Möglichkeit zu geben, ihren natürlichen Bewegungsdrang auszuleben. Kürzlich erhielten die ersten 31 Teilnehmerinnen aus Vorarlbergs Kindergärten und Spielgruppen von Landesrat Stemer ihre Bewegungskindergarten-Dekrete. Die für heuer vorgesehenen Kurse sind bereits ausgebucht.

Der "Bewegungskindergarten" ist für Landesrat Stemer ein weiterer Schritt in Richtung eines Vorarlberger Netzwerkes Gesundheitsförderung. Alle Modelle und Angebote - z.B. die Aktionen "schoolwalker" und "fit 4 kids" sowie viele weitere Initiativen - sollen analysiert und enger zusammengeführt werden.

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg
Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-20190
<mailto:presse@vorarlberg.at>
<http://www.vorarlberg.at/presse>

Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

WIENWien: www.wien.gv.at**Meldungen:****Vassilakou: Steuervorteile abschaffen und damit Kindergartenplätze fördern**

Utl.: Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Österreich nur sehr eingeschränkt möglich - Familienförderung geht in falsche Richtung =

Wien (OTS) - Die Klubobfrau der Grünen Wien, Maria Vassilakou, fordert, dass mit den Mitteln der Familienförderung dringend neue Kindergartenplätze geschaffen werden. "In Österreich ist nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur sehr eingeschränkt möglich, was meist zu Lasten der Frauen geht. Ungerechtfertigte Steuervorteile müssen abgeschafft und die dadurch freiwerdenden Gelder in qualitativ hochwertige **Kinderbetreuung** gesteckt werden. Nur wenn die Frage der **Kinderbetreuung** optimal gelöst ist, gelingt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle", so Vassilakou. Sie forderte eine Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrags für Familien ohne Kinder, der ja keinen Beitrag zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen leistet.

Noch immer bestehe ein "Mangel" an Betreuungsplätzen, derzeit fehlten bundesweit rund 70.000 bis 80.000, so Vassilakou. Der größte Bedarf bestehe bei Plätzen für unter Dreijährige, hier sei die Betreuungsquote im Kindergartenjahr 2008/2009 österreichweit bei lediglich rund 13,9 Prozent gelegen. Verschärft werde die Situation durch Vereinbarungen, wie es sie etwa in Wien gebe: Dort seien alle Träger, die von der Gemeinde gefördert werden, dazu angehalten worden, wegen des verpflichtenden Kindergartenjahres vor Schuleintritt für alle Fünfjährigen diese Altersgruppe bei der Vergabe zu bevorzugen, ebenso Kinder von Berufstätigen.

Rückfragehinweis:
 Pressereferat
 Tel.: (+43-1) 4000 - 81800
<http://wien.gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Smolik/Grüne Wien: Oxonitsch hat jahrelang dem Personalmangel bei der Kinderbetreuung zugesehen

Utl.: "Wo bleiben die umfassenden Maßnahmen bei der **Kinderbetreuung** während der Ferien?" =

Wien (OTS) - Die Kinder- und Jugendsprecherin der Grünen Wien, Claudia Smolik, bezeichnet den akuten Personalmangel bei der **Kinderbetreuung** in Wien als "hausgemachtes Problem der Wiener SPÖ". "Seit Jahren warnen ExpertInnen vor den massiven personellen Mängeln bei der **Kinderbetreuung** in Wien. Noch immer fehlen bis zu tausend Fachkräfte", so Smolik. "Auch Oxonitsch hat hier wider besseren Wissens nichts unternommen. Jetzt Krokodilstränen zu vergießen, bringt niemandem etwas. Stattdessen soll Oxonitsch einen genauen Plan vorlegen, wie er die akute Personalnot bei den Kindergärten lindern will. Auch im Bereich der Nachmittagsbetreuung fehlt in Wien ein konkreter Plan, wie gewährleistet wird, dass die Kinder in den Ferien eine adäquate, pädagogisch hochwertige Betreuung haben", so Smolik.

Rückfragehinweis:
 Pressereferat
 Tel.: (+43-1) 4000 - 81800
<http://wien.gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Riha ad SP-Oxonitsch: Es geht nicht ums Zaubern sondern ums Planen

Utl.: ÖVP Wien erneuert Forderung nach Entwicklungsplan für Kindergärten =

Wien (OTS) - Anlässlich der Aussagen des Wiener SPÖ-Bildungsstadtrates in der heutigen Ausgabe (Anm.: 18.03.2010) einer Tageszeitung zum vorschulischen Betreuungswesen wiederholt ÖVP Wien Gemeinderätin Monika Riha ihre Forderung nach Erarbeitung eines Entwicklungsplanes für das Kindergartenwesen. "Wir wollen nicht, dass die Stadt Wien zaubert. Wir wollen, dass sie endlich den bedarfsgerechten Ausbau des Kindergartenwesens in Angriff nimmt. Der Ausbau der Kindergartenplätze um knapp 2.500 in diesem Jahr ist leider nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Verschärft wird die Situation in Wien auch dadurch, dass es die SPÖ verabsäumt hat sich entsprechend auf den verpflichtenden **Kindergarten** für alle 5-6jährigen ab Herbst 2010 vorzubereiten", so Riha.

Mit dem Konzept selbst sollte der Ausbau bestehender Kindergärten und die Errichtung neuer Kindergärten zeitlich und organisatorisch genau geplant werden. "Wir müssen endlich ein bedarfsgerechtes Netz an Standorten und Gruppen schaffen. Möglich ist das allemal. Man muss es nur richtig und vorausschauend planen. Das ist die Aufgabe des Bildungsstadtrates", erklärt sie dazu.

Um die Personalsituation nachhaltig zu entspannen fordert sie von der SP-Stadtregerin erneut die Akademisierung der Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen. "Machen wir endlich aus der bestehenden Ausbildung einen europaweit anerkannten zertifizierten Lehrgang. Dann werden sich automatisch mehr Menschen für diese Berufslaufbahn entscheiden und die Personalsituation wird sich nachhaltig entspannen. Profitieren werden davon alle", hält Riha dazu fest.

Und Riha abschließend: "Zauberei wie der Herr Stadtrat sie andeutet, ist kein gutes Instrument der Kommunalpolitik. Es geht vielmehr darum die Bedarfsgerechtigkeit bei Kindergärten zu schaffen. Ein solcher Ausbau ist allemal planbar!"

Rückfragehinweis:
 ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
 Tel.: Tel.: (+43-1) 4000 /81 913
<mailto:presse.klub@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/10164/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SP-Krotsch: Gratis-Kindergarten unterstützt Familien und vor allem die Frauen!

Wien (OTS) - "Die Wiener Kindergärten bieten österreichweit das beste Angebot, um Familien und vor allem Frauen zu unterstützen. Flexible Öffnungszeiten, eigene Bildungspläne und Fördermodelle sowie eine qualitätsvolle Betreuung und ein flächendeckendes Angebot machen die Wiener Kindergärten zu einer einzigartigen Einrichtung in ganz Österreich. Weiters wurde mit der Einführung des beitragsfreien Kindergartenens eine wichtige Maßnahme gesetzt, um Familien zu entlasten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzutreiben. Natürlich wird in Wien weiterhin am Ausbau der Betreuungsplätze gearbeitet, jedoch steht fest: In Wien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf längst Realität, hier werden die Angebote der **Kinderbetreuung** an die Lebensrealitäten der Frauen und Familien angepasst! Denn für die Wiener SPÖ ist Frauenpolitik eine Querschnittsmaterie! Das unterscheidet uns maßgeblich von anderen,

reaktionär geführten VP-Bundesländern, wo Mütter noch immer hinter den Herd verbannt werden, ob sie das wollen oder nicht", stellte die Frauensekretärin der Wiener SPÖ, LAbg. Nicole Krottsch am Montag zu Aussagen von VP-Gemeinderätin Riha fest.****

Natürlich sei der Kinderbetreuungsbereich stetigen Entwicklungen unterlegen, jedoch ist es für die Frauensekretärin vollkommen Fehl am Platz, wichtige politische Neuerungen wie die Einführung des Gratis-Kindergartens nur schlecht zu reden: "Am Betreuungsangebot der Wiener Kindergärten können sich alle ÖVP-regierten Bundesländer ein Beispiel nehmen! Davon kann auch die Suderei von Frau Riha nicht ablenken! Wien kümmert sich um die Anliegen der Wienerinnen, garantiert nicht nur die beste Ausbildung der Kinder von klein auf, sondern ermöglicht gleichzeitig die Erwerbstätigkeit und Selbstständigkeit der Frauen! Dieses Angebot ist und bleibt einzigartig in Österreich!", betonte Krottsch abschließend. (Schluss)
nk

Rückfragehinweis:
Pressedienst der SPÖ Wien
Tel.: +43 1 534 27/222
<mailto:wien.presse@spoe.at>
<http://www.wien.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/197/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Kindergarten - SP-Wutzlhofer: "In Wien ist der Gratiskindergarten Wirklichkeit geworden!"

Utl.: Wiener ÖVP versucht von Unzulänglichkeiten bei der **Kinderbetreuung** in VP-regierten Bundesländern abzulenken =

Wien (OTS/SPW-K) - "Die ÖVP weiß sehr gut, dass Wien derzeit massiv Kindergartenplätze ausbaut und auch als einziges Bundesland die Ausbildungsmöglichkeiten für KindergartenpädagogInnen erweitert hat", erwidert SPÖ-Gemeinderat Mag. Jürgen Wutzlhofer auf Kritik am Wiener Gratiskindergarten von VP-Riha. "Allein heuer schaffen wir im städtischen und privaten Bereich über 2.500 zusätzliche Kindergartenplätze, im Vorjahr waren es ebenso viele." Erst vor kurzem sei in Floridsdorf der Spatenstich für einen **Kindergarten** für 115 Kinder erfolgt, in der heutigen Sitzung der Stadtregierung wurde die Schaffung eines acht-gruppigen Kindergartens beschlossen. Und an der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik sind derzeit 495 neue PädagogInnen in Ausbildung.

Die verstärkte Nachfrage nach Kindergartenplätzen in ganz Österreich hänge nicht primär mit dem beitragsfreien **Kindergarten** zusammen, sondern sei unter anderem auch eine Folge der neuen Kindergeld-Modelle, erklärt Wutzlhofer. "Die starke Nachfrage hat aber auch damit zu tun, dass nach der Streichung der Kindergartenmilliarde durch die schwarz-blaue Bundesregierung jahrelang weniger Betreuungslätze geschaffen werden konnten. Auch das sollte sich die ÖVP einmal eingestehen!", sagt der SPÖ-Gemeinderat.

In Wien wurden die Plätze für die 0-3 Jährigen seit dem Jahr 2007 von 12.131 auf 14.171 Plätze erhöht, also um mehr als 2.000 Plätze. Durch das verpflichtende Kindergartenjahr werden in Wien rund 800 zusätzliche Plätze notwendig, sie gehen selbstverständlich nicht auf Kosten von Krippenplätzen. Das Angebot für 3-6 Jährige wurde um 2.705 Plätze erhöht.

Die Vergabe für die Kindergartenplätze für den Herbst 2010 läuft derzeit - die Eltern werden über ihre Kindergartenplätze verständigt. "Es ist hochgradig unseriös jetzt mit irgendwelchen erfundenen Zahlen hinauszugehen und Eltern zu verunsichern", sagt Wutzlhofer.

"Wien ist gerade bei der hohen Qualität der **Kinderbetreuung** Vorreiter. Wir haben als erstes Bundesland einen Bildungsplan für Kindergärten eingeführt, haben die längsten Öffnungszeiten und erfüllen auch alle Vorgaben punkte Gruppengröße und Personalschlüssel", stellt Wutzlhofer klar.

Ende des Jahres 2009 konnte die Stadt auch gemeinsam mit der Gewerkschaft ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die städtischen KindergartenpädagogInnen schnüren: Die Anhebung des Gehalts wurde mit 1. Jänner 2010 vollzogen. Die Stadt wendet dafür jährlich 18 Millionen Euro zusätzlich auf.

"Die ÖVP wäre gut beraten, sich in den ÖVP-regierten Bundesländern umzusehen, denn genau dort besteht massiver Handlungsbedarf: Es ist für alle Eltern zu Recht unverständlich, dass es beispielsweise in Vorarlberg keine Krippenplätze für 0-3 Jährige gibt oder Niederösterreich bei den 0-3 Jährigen eine höhere Kinderanzahl in der Gruppe zulässt und zu Mittag und in den Ferien den **Kindergarten** zusperrt", erinnert Wutzlhofer VP-Riha.

"Tatsache ist, dass Wien im eigenen, städtischen Bereich und in vielen privaten Einrichtungen den Gratis-**Kindergarten** verwirklicht hat. Und das schmerzt die ÖVP anscheinend enorm, da sie dieses Ziel in den von ihr regierten Bundesländern nicht erreicht hat", stellt SP-Gemeinderat Wutzlhofer fest.
(Schluss)

Rückfragehinweis:
SPÖ-Klub Rathaus, Presse
Thomas Kluger
Tel.: (01)4000-81941,F:(01)5334727-8194
<mailto:thomas.kluger@spw.at>
<http://www.rathausklub.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/198/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FPÖ-Gudenus: Wiener SPÖ bietet weder ausreichend Kindergartenplätze noch genügend Pädagogen

Utl.: Häupl hat in Sachen Kinder- und Jugendarbeit komplett versagt =

Wien (OTS/fpd) - Die Wiener SPÖ hat in Sachen Kinder- und Jugendarbeit ganz klar versagt. Seit mittlerweile fast einem Jahr gibt es den "Gratiskindergarten" in Wien und noch immer wurden nicht genügend Betreuungsplätze für die Kinder geschaffen, kritisiert der Kinder- und Jugendsprecher der FPÖ-Wien, LAbg. Mag. Johann Gudenus.

Ein ebenso großes Manko besteht im Bereich der KindergartenpädagogInnen, wo es noch viel zu wenige gibt und die vorhandenen Betreuer völlig überlastet sind. Eltern, denen der "Gratiskindergarten" versprochen wurde, finden daher keinen geeigneten Platz für ihre Sprösslinge. Die SPÖ hat also auch dieses Versprechen gebrochen, hält Gudenus fest. (Schluss)paw

Rückfragehinweis:
FPÖ-Wien, Pressestelle

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Wiener ÖVP bilanziert zu "ein Jahr Gratis-Kindergarten"

Wien (OTS) - Der vor rund einem Jahr angekündigte "Gratis-Kindergarten für alle Wiener Kinder" sei nicht umgesetzt worden, da etwa 50 Prozent aller Kindergärten nach wie vor nicht kostenfrei wären, kritisierte GRin Monika Riha im Rahmen einer Pressekonferenz am Montag. Zusätzlich zur Kostenfrage würden derzeit auch rund 10.000 Plätze für ein "bedarfsgerechtes Angebot" fehlen. Vor allem im Hinblick auf das verpflichtende Kindergartenjahr ab Herbst 2010 werde sich der Platzmangel zusätzlich verschärfen, befürchtete Riha. Die Wiener ÖVP fordert daher einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder von 0-6 Jahren sowie einen **Kindergarten-Entwicklungsplan**. Weiters sei eine Ausbildungsinitiative für alle KindergartenpädagogInnen und damit verbunden eine adäquate Bezahlung notwendig. Zudem wäre ein bedarfsgerechter Ausbau der Kindergärten und die Verbesserung der Qualität - beispielsweise durch die Verkleinerung der Kindergartengruppen - unerlässlich, so Riha abschließend.

Weitere Informationen: ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien, Telefon: 01 4000-81913, E-Mail: gerhard.zeinitzer@oevp-wien.at, im Internet: www.oevp-wien.at/ (Schluss) bon

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/
Nina Böhm
Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)
Telefon: 01 4000-81378
E-Mail: nina.boehm@extern.wien.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Riha: In Wien gibt es KEINEN Gratis-Kindergarten

Wien (OTS) - Eine kritische Bilanz über die Einführung des sog. Gratis-Kindergartens in Wien zog heute die Gemeinderätin der ÖVP Wien, Monika Riha. "Vor ziemlich genau einem Jahr hat Bürgermeister Häupl einen Gratiskindergarten für jedes Wiener Kind versprochen. 12 Monate später müssen wir ernüchert feststellen, dass dieses Ziel nicht erreicht worden ist", so die VP-Gemeinderätin dazu.

Der Besuch des Kindergartens ist demnach für einen großen Teil der Eltern immer noch mit vielen Kosten verbunden. "Es ist", so Riha, "daraus nicht das geworden, was Häupl versprochen hat! Wie so oft entpuppte sich die SPÖ auch hier als Ankündigungsweltmeister. In mehr als 50 % der Kindergärten werden die Eltern nach wie vor zur Kasse gebeten. Man kann daher bestenfalls vom gebührenreduzierten **Kindergarten** sprechen. Außerdem fehlen noch immer rund 15.000 Plätze für ein bedarfsgerechtes Angebot" so Monika Riha.

Zwtl.: Nur jedes vierte Kind unter drei Jahren hat Chance auf Betreuungsplatz

Verschärft werde der gravierende Platzmangel auch dadurch, dass Wien es verabsäumt habe, sich entsprechend auf den verpflichtenden **Kindergarten** ab Herbst 2010 vorzubereiten. Um allen fünf- bis sechsjährigen Kindern den Besuch des verpflichtenden Kindergartens zu "ermöglichen" (wie gesetzlich vorgeschrieben) würden in Wien derzeit Kinder unter drei Jahren massiv benachteiligt. Nur jedes vierte Kind unter drei Jahren habe heute die Chance, einen Platz in einer Kinderkrippe oder einer alterserweiterten Gruppe zu finden.

Die ewige Ausrede der Stadt Wien, sie bekäme vom Bund keine Mittel und könne deshalb keine Plätze schaffen, ist wirklich lächerlich, denn **Kindergarten** ist Landessache und dass der Bund - dank Christine Marek - den Ländern und damit auch Wien Gelder zur Verfügung stellt, ist ehrenwert, aber die Aufgabe des Ausbaus liegt bei Wien.

Es sind insbesondere die strukturellen Schwächen des Wiener Systems, die eine Realisierung der Ankündigung schon im Vorhinein unmöglich gemacht haben. "Zu wenige Kindergärten, zu große Gruppen, zu wenig qualifiziertes Personal. Diese Probleme sind bzw. waren seit Jahren bekannt und wurden nicht grundlegend gelöst. Der Bürgermeister hätte

das berücksichtigen müssen", so Riha.

Zwtl.: Qualitativer und quantitativer Entwicklungsschub gefordert

Auch der landesgesetzliche Rahmen ist ihrer Einschätzung nach unzureichend. "Es gibt noch immer keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Eltern und Kindern wird damit die wichtige Rechtssicherheit verwehrt", meint die VP-Gemeinderätin.

Riha fordert einen qualitativen und quantitativen Entwicklungsschub für das vorschulische Bildungs- und Betreuungswesen. "Jedes Wiener Kind, das einen Kindergartenplatz braucht, soll ihn bekommen! Deshalb fordern wir einen Entwicklungsplan für Wiens Kindergärten. Damit soll der Ausbau bestehender Kindergärten und die Errichtung neuer vorschulischer Bildungseinrichtungen genau geplant und umgesetzt werden", meint sie dazu.

Das pädagogische Qualitätsmanagement soll ebenfalls ausgebaut werden. Riha fordert daher die Einführung eines akademischen Lehrgangs für Kindergartenpädagogik. "Wenn der Personalmangel behoben werden soll, dann muss die Ausbildung des Personals attraktiver gestaltet werden. Das geht nur über eine Akademisierung", hält Riha fest.

Die Größe der Kindergartengruppen soll nach den Vorstellungen der VP-Gemeinderätin und ihrer Fraktion ebenfalls reduziert werden. "Derzeit sind 25 Kinder pro Gruppe möglich. Wir wollen erreichen, dass dieser Wert auf 20 herabgesetzt wird. Dadurch würden mehr Möglichkeiten zur individuellen Betreuung geschaffen. Und genau die ist ganz wichtig, wenn wir die Kinder gut auf die Schule und auf das Leben vorbereiten wollen.

Riha mahnt die SP-Stadtregierung, die bestehenden strukturellen Probleme endlich anzugehen. "Die aktuelle mediale Berichterstattung zeigt, dass die derzeitige Situation für Eltern, Kinder und das Personal untragbar ist. Wien muss die Bedingungen grundlegend ändern!"

"Man hätte auf Seiten der SPÖ nicht nur unsere Idee übernehmen, sondern sich auch entsprechend auf die Umsetzung vorbereiten sollen. Nur Ankündigungen allein sind - wie aufgezeigt - nicht ausreichend", so Riha abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: T: (+43-1) 4000/81 913, F:(+43-1)4000/99 819 60
<mailto:presse.klub@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Grüne Wien/Smolik zu einem Jahr Gratiskindergarten: Zu wenig Plätze für 3jährige

Utl.: Smolik: "Frustrierte Eltern, überfüllte Kindergärten, überlastete BetreuerInnen" =

Wien (OTS) - "Die SPÖ Wien hat jahrelang verschlafen, genügend Kinderbetreuungsplätze einzurichten. Die Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres ab fünf Jahren und des Gratiskindergartens hat dazu geführt, dass es für Dreijährige zu wenig Plätze gibt. Die Folge: Die Gruppen sind zu groß, die Räumlichkeiten sind beengt, es gibt zu wenig Platz für ausreichende Bewegung der Kinder. Viele Eltern sind frustriert, weil sie für ihre Kinder keinen Platz mehr in einer Einrichtung bekommen", die Kinder- und Jugendsprecherin der Grünen Wien, Claudia Smolik zum einem Jahr Gratiskindergarten.

Die Probleme im Kindergartenbereich sind jedoch nicht auf Wien beschränkt. Staatssekretärin Marek ist säumig in Sachen bundeseinheitliche Regelung für Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen. "Marek betreibt hier ausschließliche Mangelverwaltung. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bundesländern, vor allem in Niederösterreich, erfolgt nur schleppend", so Smolik.

Die Arbeitssituation der PädagogInnen und AssistentInnen ist nach wie vor angespannt, es gibt zu wenig PädagogInnen, diese leiden unter Stress und Überbelastung, die Bezahlung ist weiterhin schlecht. "Unter solchen Bedingungen kann es keine qualitätsvolle **Kinderbetreuung** geben", so Smolik abschließend.

Rückfragehinweis:

Pressereferat, Tel.: (+43-1) 4000 - 81814, presse.wien@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Brauner: Verteilungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Utl.: Die Vizebürgermeisterin und Wirtschaftsstadträtin beim Wien-Live Montagscocktail =

Wien (OTS/SPW) - Der Wien Live Montagscocktail ging Montag Abend im ega in die neunte Runde. Den Fragen von Brigitte Handlos (ORF) und Andrea Hodoschek (Kurier) stellte sich Vizebürgermeisterin und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner. Sie betonte, dass im Mittelpunkt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik die Verteilungsgerechtigkeit stehe, und führte weiter aus, dass sie nach dem Grundsatz "Politik muss und kann gestalten" handle. Wichtigste Assets für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Wien seien Investitionen in Forschung, Entwicklung und Ausbildung sowie Wiens Interkulturalität und Mehrsprachigkeit. "Wien muss aus der Krise gestärkt hervorgehen", zeigte sie sich überzeugt. ****

"Die idealtypische Form der Sanierung des Budgets ist, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen und das Wirtschaftswachstum zu erhöhen." Deshalb sei es heute so wichtig, für ausgebildete Menschen von Morgen zu sorgen. Brauner sei es ein zentrales Anliegen, dass niemand ohne Ausbildung bleibe, weshalb Wien mit aller Kraft die Ausbildungsgarantie umsetze. So habe sie auch die "Kümmer-Nummer" für Lehrstellensuchende eingeführt. Mit diesem Maßnahmenpaket sei es Wien gelungen, in der Krise die Zahl der Lehrstellensuchenden zu senken. Eine weitere wesentliche Maßnahme in Krisenzeiten sei die Entlastung des Mittelstands. Diese habe Wien mit der Einführung des kostenlosen Kindergartens für alle Kinder in Angriff genommen, mit zwei weiteren positiven Effekten: "Der kostenlose Kindergarten ist ein Meilenstein der Bildungspolitik und schafft Chancengleichheit für sozial benachteiligte Menschen. Auf der anderen Seite ist er eine Maßnahme für Frauen, indem er einen wesentlichen Schritt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie darstellt."

Deutlich sprach Brauner sich gegen Privatisierungen der städtischen Unternehmen aus: "Keine Frage, alle Betriebe müssen wirtschaftlich effizient und betriebswirtschaftlich arbeiten." Sie in Besitz der Stadt zu haben, "ist eine Frage der Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume, die man sich erhält." So garantiere reine Profitmaximierung keine Verbesserung der Leistungen oder Verringerung der Kosten. "Für mich gilt die Maxime: Unsere Betriebe haben nicht die Profite, sondern die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener zu erhöhen."

"Die Stadt Wien bewältigt steigende Aufgaben bei gleichbleibendem Personal", erläuterte Brauner zum Thema Verwaltungsreform und verwies auf die Eigenheiten Wiens: "In Wien liegt die Anzahl der Beamten, also der pragmatisierten MitarbeiterInnen, bei unter 50 Prozent. 90 Prozent der MitarbeiterInnen sind im Dienstleistungsbereich tätig."

Wichtige wirtschaftliche Assets seien Interkulturalität, Mehrsprachigkeit und Offenheit Wiens. Dazu sei das friedliche Miteinander in der Stadt prioritär: "Wir haben ein klares Integrationskonzept geschaffen. Unsere Angebote, besonders auch die bildungspolitischen, werden gut und gerne angenommen, gleichzeitig fordern wir Leistung ein und geben Menschen die Chance, sich zu bewähren."

Abschließend betonte Brauner, dass die Politikerinnen und Politiker Wiens hart dafür gearbeitet hätten, dass Wien Nummer Eins in Fragen der Lebensqualität sei. Das Ziel sei die weitere Verbesserung des Lebens in Wien. Dafür werden werde sie sich auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen." (Schluss) kd

Rückfragehinweis:
 Pressedienst der SPÖ Wien
 Tel.: +43 1 534 27/222
<mailto:wien.presse@spoe.at>
<http://www.wien.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/197/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELEMENTARPÄDAGOGIK

Förderungsmöglichkeiten

FAMILIENPOLITIK

Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien

Wien (OTS/WIFO) - Die familienpolitischen Leistungen waren in den vergangenen Jahren mehrfach Gegenstand von Reformen. Dabei wurden einerseits die Leistungen ausgeweitet, andererseits auch Maßnahmen zur Unterstützung der Erwerbsbeteiligung von Müttern und zur Erhöhung der Väterbeteiligung gesetzt. Ausgehend von der großen Bedeutung

"Österreichs Leistungen an Familien sind im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Dennoch gibt es große Lücken, etwa beim Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Arbeiterkammer wollte deshalb wissen, wie die österreichischen Familienleistungen wirklich wirken, beim Kampf gegen Armut, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder bei der Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Deshalb haben wir diese Studie in Auftrag gegeben", so Ingrid Moritz, Leiterin der AK-Abteilung

In der Struktur der Familienleistungen überwiegen die monetären direkten und indirekten Transfers deutlich vor den Realtransfers. Die direkten monetären Transfers machen etwa 78% der gesamten öffentlichen Ausgaben für Familien aus, weitere Steuererleichterungen knapp 7% und Realtransfers gut 11%.

Das österreichische System der Individualbesteuerung unterstützt eine egalitäre Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Die verringerte finanzielle Leistungsfähigkeit eines Allein- bzw. Hauptverdienenden wird durch den Alleinverdienerabsetzbetrag, die verringerte finanzielle Leistungsfähigkeit von Alleinerziehenden durch den Alleinerzieherabsetzbetrag berücksichtigt. Der Alleinverdienerabsetzbetrag vermittelt negative Anreize für die Aufnahme oder Ausdehnung einer Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden (meist Frauen). Auch die einkommensunabhängigen Varianten des Kinderbetreuungsgeldes setzen - zumal in Kombination mit der Möglichkeit einer relativ langen Bezugsdauer - negative Arbeitsanreize für Mütter. Dagegen spielen in Österreich Realtransfers eine untergeordnete Rolle, vor allem im Bereich der Leistungen für Kinder unter 3 Jahren, für die die Betreuungsquote lediglich 14% beträgt. Nur ein Drittel der Betreuungsplätze für

Vorschulkinder bietet erwerbsfreundliche Öffnungszeiten. Die Bedeutung der betrieblichen Familienpolitik schließlich ist gering: 2007 stellten nur 76 österreichische Unternehmen betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Das im Rahmen der Steuerreform 2009 implementierte Familienpaket legt einen relativ starken Schwerpunkt auf die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit: Diese wird durch den Arbeitgeberzuschuss zur **Kinderbetreuung**, den Kinderfreibetrag sowie die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten unterstützt. Zum Ziel der Verringerung der Kinderarmut tragen die Maßnahmen insgesamt aber wenig bei; lediglich die Erhöhung des Kinderabsetzbetrags wirkt in diese Richtung. Zur Umverteilung zugunsten einkommenschwächerer Haushalte tragen der erhöhte Kinderabsetzbetrag sowie der Arbeitgeberzuschuss zur **Kinderbetreuung** bei, während die Aufstockung des Unterhaltsabsetzbetrags aus einer Verteilungssicht nicht eindeutig und der Kinderfreibetrag sowie die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten degressiv zugunsten der oberen Einkommen wirken.

Aus der Perspektive der Gendergerechtigkeit bzw. der Umverteilung zwischen den Geschlechtern wirkt lediglich die Erhöhung des Kinderabsetzbetrags eindeutig positiv; die Wirkungen des Arbeitgeberzuschusses zur **Kinderbetreuung**, des Kinderfreibetrags sowie der steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten sind dagegen nicht eindeutig.

Das Familienpaket vertieft das bestehende Ungleichgewicht zwischen monetären und realen Transfers: Gegen das Volumen des Familienpaketes im Rahmen der Steuerreform (510 Mio. Euro pro Jahr) nehmen sich die zusätzlichen Ausgaben von Bund und Ländern für den Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur bzw. für das verpflichtende letzte Kindergartenjahr (bis zu 110 Mio. Euro jährlich) gering aus.

Abschließend skizziert die WIFO-Studie den familienpolitischen Reformbedarf in Österreich. Innerhalb der steuerlichen Familienförderung ist insbesondere der Alleinverdienerabsetzbetrag problematisch. Zumindest sollte seine Treffsicherheit dadurch erhöht werden, dass er nur Familien mit Kindern gewährt wird. Darüber hinaus wäre eine Integration des Kinderfreibetrags in den Kinderabset

Die neue Option eines einkommensabhängigen Betreuungsgeldes, das mit einer relativ geringen Bezugsdauer und einer Mindestinanspruchnahme durch den zweiten Elternteil sowie zur Vermeidung unerwünschter Verteilungswirkungen mit einer Auszahlungsobergrenze gekoppelt ist, unterstützt eine gleichmäßigere Teilhabe von Eltern am Erwerbsleben und an der privaten Betreuungsarbeit. Gleichzeitig sollte erwogen werden, die parallel bestehenden Betreuungsgeldvarianten, die eine relativ geringe Pauschalzahlung mit relativ langen Bezugszeiten verknüpfen, allmählich abzubauen.

Eine quantitativ und qualitativ ausreichende Betreuungsinfrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für die Steigerung und Sicherung der Frauenerwerbsbeteiligung. Die jüngsten Schritte zum Ausbau der Betreuungsinfrastruktur sind aus dieser Sicht begrüßenswert. Gerade im Bereich der unter 3-Jährigen sowie in der Nachmittags- und Ferienbetreuung von Schulkindern können die aktuellen Bemühungen jedoch nicht für ein ausreichendes, auch den Barcelona-Vorgaben (Betreuungsquote von 33%) genügendes Betreuungsangebot sorgen; vielmehr sind über die geplanten Investitionen hinaus weitere Ressourcen in diesen Bereich zu lenken.

Schließlich soll auch die betriebliche Ebene stärker einbezogen werden, etwa durch eine erhöhte Absetzbarkeit der Betriebskosten für Kindergärten, finanzielle Zuschüsse an Unternehmen oder die Förderung von Kooperationen mehrerer Unternehmen zur Errichtung einer gemeinsamen Betreuungseinrichtung durch entsprechende steuerliche Anreize.

Rückfragehinweis:

Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger, Mag. Hedwig Lutz
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung - WIFO
Tel. +43 1 798 26 01-204 oder 237 * Fax. +43 1 798 93 86
<mailto:Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at> , Hedwig.Lutz@wifo.ac.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/235/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Heinisch-Hosek in ÖSTERREICH: "Alleinverdienerabsetzbetrag für Kinderlose streichen"

Utl.: Wenn keine Betreuungspflichten bestehen, sollen Hausfrauen nicht staatlich subventioniert werden =

Wien (OTS) - SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek fordert im Interview mit ÖSTERREICH (Donnerstag-Ausgabe), den Absetzbetrag für Alleinverdiener zu streichen, wenn der Partner ohne Einkommen keine Betreuungspflichten hat. "Diese 60 Mio. Euro würden den Ausbau der **Kinderbetreuung**, der dieses Jahr ausläuft, für weitere drei Jahre sichern", so die Ministerin.

Der Staat solle nicht das Daheimbleiben von Frauen subventionieren. Stattdessen solle man trotz Krise die Frauenerwerbsquote steigern, sagt Heinisch-Hosek: "Gerade jetzt sollte man in Zukunftsjobs investieren, also in Pflege oder in den pädagogischen Bereich. Der Kindergartenausbau hat allein im Jahr 2009 3.300 Jobs gebracht."

Rückfragehinweis:

ÖSTERREICH, Chefredaktion
Tel.: (01) 588 11 / 1010
<mailto:redaktion@oe24.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1259/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FV-Wien: Unsere Kinder werden Opfer einer fragwürdigen Wirtschaftspolitik

Utl.: Unfassbare Diskriminierung und Geringschätzung von erziehenden Eltern =

Wien (OTS/FPD) - "Karenz ist kein Urlaub und **Kinderbetreuung** ist definitiv Arbeit", so die Obfrau des Wiener Freiheitlichen Familienverbandes, Birgit Ossberger in einer ersten Reaktion auf die unfassbaren Darstellungen der Familienleistungen in einer von der Arbeiterkammer beim Wirtschaftsforschungsinstitut in Auftrag gegebene Studie, die gestern veröffentlicht wurde.

Die Schlussfolgerungen der Studienmacherin, Frau Schratzenstaller (Wifo), wonach langfristige Geldleistungen an die Familien - gemeint ist die Langvariante des Kinderbetreuungsgeldes bis zu drei Jahren - die Inaktivität von Frauen fördern und die fehlende Unter-Drei-Jährigen-Fremdbetreuung die Frauen dazu zwingen würde bei ihren Kindern zu bleiben, seien schlichtweg skandalös und entbehren jeglicher Grundlage.

Die in zahlreichen Umfragen bewiesene Tatsache, dass fast 90 Prozent der Mütter die vollen drei Jahre bei ihren Kindern zu Hause bleiben wollen, müsse endlich akzeptiert werden. Das heißt, die Politik müsse die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Familie wieder leistbar wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeute für die meisten Österreicherinnen nicht die Steigerung der Beschäftigung in der Arbeitswelt, sondern die Freiheit sich ohne finanzielle Zwänge und ohne Angst nach der Karenzzeit keine adäquate Arbeitsstelle zu bekommen, zwischen einer Tätigkeit innerhalb oder außerhalb der Familie entscheiden zu können.

Es werde endlich Zeit die familiären Leistungen, die die Zukunft unserer nächsten Generation sichern, entsprechend zu honorieren und das öffentliche Bild der Familien wieder zu verbessern. Das Modell der "Kindesweglege-Politik", welches diese Studie gutheißt, gehe dabei in eine völlig falsche Richtung, werde die katastrophale Geburtenrate nicht steigern und diskriminiere erziehende Eltern massiv, so Ossberger.

Durch diese Studie werde aber klar, wohin der familienpolitische Zug fährt. Die Bedürfnisse von Familien und das Wohl unserer Kinder werden ausschließlich wirtschaftspolitischen Zielsetzungen geopfert. Das Erreichen des sogenannten Barcelona-Ziels beabsichtigt einzig und allein das Erreichen europäischer Wirtschaftskennzahlen. Die immer schlechter werdende Situation von österreichischen Familien sei den EU-Ökonomen und leider auch den verantwortlichen heimischen Politikern offensichtlich kein Anliegen, kritisiert Ossberger abschließend. (Schluss) hn

Rückfragehinweis:

Klub der Freiheitlichen, Pressestelle
Tel.: (01) 4000 / 81 798

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Heinisch-Hosek: Ohne Sozialleistungen wären doppelt so viele Frauen armutsgefährdet

Utl.: Hundstorfer: Beschäftigung ist der beste Schlüssel gegen Armut - 100 Millionen Euro bei Mindestsicherung kommen vor allem Frauen zugute =

Wien (OTS/SK) - "In Krisenzeiten ist jedes Ressort, auch der öffentliche Dienst aufgefordert zu sparen. Das werden wir auch tun. Dieses Sparen muss aber vor den Sozialleistungen halt machen, wir dürfen nicht bei den Ärmsten der Armen sparen. Denn: Ohne Sozialleistungen wären doppelt so viele Frauen in Österreich armutsgefährdet", so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, heute, Donnerstag bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer zum Thema "Frauenarmut in Österreich und der EU". "Beschäftigung ist der beste Schlüssel gegen Armut und wir haben einen aktivierenden Sozialstaat", betonte Hundstorfer, der weiter ausführte, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung deutliche Verbesserungen bei der Notstandshilfe, besonders für alleinstehende Frauen, im Umfang von 100 Millionen Euro bringen werde. "Wir wollen aber nicht, dass diese Frauen in der Notstandshilfe verharren, sondern wir wollen ihnen einen Arbeitsplatz oder die notwendige Weiterbildung vermitteln", erklärte der Sozialminister. ****

Die heutige Pressekonferenz im Michl's Social Club, einer Einrichtung, die Langzeitarbeitslosen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen eine Erwerbsmöglichkeit bietet war ein "Kick-Off" zu einer ganzen Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des "Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung." Neben der Frauenministerin und dem Sozialminister nahm auch Christine Stelzer-Orthofer von der Johannes Kepler Universität Linz teil, eine Expertin mit dem Fachbereich "Armutsforschung", die darauf hinwies, dass der Anteil der von Armut gefährdeten Menschen in Österreich mit 12 Prozent zwar deutlich unter dem EU-Durchschnitt von ca. 17 Prozent liege, aber dennoch rund eine Million Österreicher von Armut gefährdet seien. Dies betreffe meist Migranten, Alleinerzieher, Arbeitslose, ältere Menschen - und hier vor allem die Frauen. Ihr Verzerrungsrisiko sei um ein Viertel höher als bei Männern.

Die Gründe hierfür seien vor allem, dass Frauen noch immer einen Großteil der unbezahlten Arbeit (Pflege, Haushalt, **Kinderbetreuung**) leisten, meist prekär beschäftigt seien, oftmals in gering bezahlten Branchen arbeiten und es immer noch deutliche Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung von Männern und Frauen gebe. Als mögliche Maßnahmen um hier gegenzusteuern, nannte Stelzer-Orthofer das neue Kindergeld, das es Frauen ermöglicht rascher in den Beruf zurückzukehren und die Väterbeteiligung erhöht, den Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen und das Verringern der

Einkommensschere.

Zwtl.: Heinisch-Hosek: Gesetz zur Gehaltstransparenz ist auf "gutem Weg"

Für Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist der Auftrag klar: "Wir wollen, dass Frauen unabhängig leben können, dass sie ein existenzsicherndes Einkommen haben und wir wollen, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch das gleiche Gehalt erhalten." Das Gesetz zur Gehaltstransparenz sei, so Heinisch-Hosek, trotz Skepsis, die es noch zu überwinden gelte, auf "einem guten Weg". "Das Gesetz kostet dem Staat nichts, sondern bringt einen Mehrwert. Eine aktuelle EU-Studie besagt, dass bei Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt das Wirtschaftswachstum um bis zu 32 Prozent steigen würde", so Heinisch-Hosek. Ein Mehr an qualitative hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen würde nicht nur den Spagat zwischen Beruf und Familie erleichtern, sondern auch tausende Arbeitsplätze, vorwiegend für Frauen schaffen. "Im vergangenen Jahr sind 9.000 neue Kinderbetreuungsplätze und 3.200 neue Jobs in der **Kinderbetreuung** entstanden", machte die Ministerin klar.

Zwtl.: Hundstorfer: Bedarfsorientierte Mindestsicherung wirksames Mittel im Kampf gegen Frauenarmut

Sozialminister Rudolf Hundstorfer betonte, dass die 100 Millionen Euro die zur Verbesserung der Notstandshilfe verwendet werden vor allem alleinstehenden Frauen zugute kommen würden, direkt in den Konsum fließen und dadurch wiederum das Wirtschaftswachstum ankurbeln würden. Die Verbesserung der Notstandshilfe sei eine der Maßnahmen, die im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung umgesetzt werden. Die Mindestsicherung sei aber vor allem ein Sprungbrett, um Frauen - wie auch Männern - den Weg zurück ins Erwerbsleben zu ermöglichen. "Wir wollen aus Sozialhilfeempfängern, Sozialstaatsfinanzierer machen. Um sie jedoch dahin zu bringen, müssen wir ihnen die notwendige Hilfe und Unterstützung geben. Wir dürfen nicht weg- wir müssen hinschauen, um armutsgefährdeten Menschen wieder ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen", so der Sozialminister abschließend. (Schluss) sv

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien
Tel.: 01/53427-275
<http://www.spoe.at/impresum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK

Fachtagung "Bildung konsequent inklusiv" am 11.06.2010 in Berlin

Die Tagung gibt mit namhaften ReferentInnen Einblicke in die internationale wie nationale Fachdiskussion um Inklusion, verstanden in einem weiten Begriff der Beseitigung von Bildungsbarrieren. Was Inklusion konsequent in der pädagogischen Praxis bedeutet, werden Berichte und Dokumentationen zur Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung zeigen. Der praxisnahe und zukunftsweisende Ansatz wurde im Rahmen von KINDERWELTEN (Träger: Institut für den Situationsansatz/INA gGmbH) vor 10 Jahren in Berlin begründet und fand in drei Projekten bundesweite Verbreitung.

➔ Siehe pdf-Beilage „Flyer kiwe...

Heike Hufschlag
Fachhochschule Koblenz
RheinMoselCampus
Fachbereich Sozialwesen
Bildungs- und Sozialmanagement
Konrad-Zuse-Str. 1
D-56075 Koblenz-Karthause
Telefon 0261-9528-211
Telefax 0261-9528-260
E-Mail hufschlag@fh-koblenz.de
www.fh-koblenz.de
www.kita-Studiengang.de

KINDERBETREUUNG

AUGE/UG und KIV/UG laden zum Sozialgipfel ins Wiener Rathaus: "Sozialmilliarde statt 'Spardiktat'!"

Utl.: Gewerkschaftlicher Sozialgipfel will "Gipfel zur Sozialmilliarde stürmen". Sozialmilliarde-Enquete im Parlament lässt nach wie vor auf sich warten =

Wien (OTS) - Im April 2009 wurde seitens der Gewerkschaften GPA-djp und Vida eine österreichweite BürgerInneninitiative unter dem Titel "Soziale Arbeit ist mehr wert!" gestartet. In dieser Petition wurde der Nationalrat aufgefordert, eine Sozialmilliarde - auch als Konjunkturmaßnahme - zu beschließen. Für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Gesundheits- und Sozialdiensten, für die Schaffung zukunftssichernder Arbeitsplätze sowie für attraktivere Arbeitsbedingungen, eine faire Bezahlung und Investitionen in die soziale Infrastruktur. 22.669 Unterschriften wurden von engagierten BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Beschäftigten im privaten und kommunalen Gesundheits- und Sozialbereich gesammelt. Im Mai 2009 wurde die Petition an den Nationalrat übergeben, in Presseausendungen der Gewerkschaften angekündigt, dass eine parlamentarische Enquete zur Sozialmilliarde noch im Herbst 2009 stattfinden sollte. Bis heute fand allerdings noch keine

entsprechende Enquete statt, ein Termin ist nach wie vor ungewiss.

Sozialgipfel der AUGE/UG und der KIV/UG im Wiener Rathaus

Die AUGE/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen in der GPA-DJP sowie die KIV/UG - Konsequente Interessensvertretung in der GDG-KMSFB laden daher am 18. März, ab 16.00 zum Sozialgipfel unter dem Motto "Wir stürmen den Gipfel zur Sozialmilliarde" ins Wiener Rathaus ein. "Wir wollen gemeinsam mit BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Beschäftigten aus dem privaten und kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich Druck auf die Politik machen, dass es endlich zu einer breiten Diskussion und zur versprochenen parlamentarischen Enquete zur Sozialmilliarde kommt. Angesichts des verlautbarten 'Spardiktats' im Rahmen der Budgetkonsolidierung drohen die Beschäftigten des Sozial- und Gesundheitsbereichs, deren Arbeit schon heute von chronischem Personalmangel, starken physischen und psychischen Druck, hohen Burn-Out-Raten und prekären Arbeits- und Einkommensbedingungen geprägt ist, einmal mehr unter die Räder zu kommen. Es drohen massive finanzielle Einschnitte seitens der öffentlichen Fördergeber: das geht nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern auch zu Lasten von Qualität und Umfang von Pflege und Betreuung und damit unmittelbar auf Kosten der KlientInnen und ihrer Familien," beschreibt Christine Rudolf, politische Sekretärin der KIV/UG und viele Jahre selbst als Behindertenbetreuerin und Betriebsrätin aktiv, die Motivation für die Veranstaltung des Sozialgipfels.

Her mit der Sozialmilliarde!

Wissenschaftliche Inputs kommen dabei vom Ao. Univ.-Prof. DDr. Nikolaus Dimmel ausgewiesener Experte für den Sozialbereich von der Universität Salzburg sowie von DSain. Maga. Elisabeth Hammer, vom FH Campus Wien, Mitbegründerin des Vereins kriSo - Kritische Soziale Arbeit. Von Gewerkschaftsseite wird Willibald Steinkellner, Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe in der Gewerkschaft Vida mit diskutieren. Eingeladen wurden auch die Sozial-, Gesundheits- und FamiliensprecherInnen von SPÖ, ÖVP und Grünen aus dem Nationalrat und Wiener Gemeinderat. "Wir wollen, dass sich die Politik mit den Anliegen und berechtigten Forderungen der Beschäftigten des Sozial- und Gesundheitsbereichs endlich auseinandersetzt und auch eines ganz klar wird: es braucht in diesem Bereich keine Einsparungen sondern Investitionen, eben eine Sozialmilliarde, sowie den Ausbau qualitativ hochwertiger Angebote. Denn Sozial- und Gesundheitsarbeit ist nicht nur mehr wert sondern bringt einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert, der sich jedenfalls auch volkswirtschaftlich rechnet. Gleiches gilt natürlich auch für den Bildungsbereich, der sich ja vielfach - Stichwort **Kinderbetreuung** - mit dem sozialen Bereich überschneidet. Wer in diesen Bereichen spart, agiert in höchstem Maße verantwortungslos und kurzfristig," betont Markus Koza, Bundessekretär der AUGE/UG und Vertreter der UG-Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB-Bundesvorstand.

Hohes Interesse

Ausgesprochen erfreut zeigen sich die VeranstalterInnen über die hohe Zahl an Anmeldungen zum Sozialgipfel: "Wir sind voll, unsere Erwartungen wurden hinsichtlich der Anmeldungen bereits deutlich überschritten. Das zeigt nur einmal mehr, wie hoch das Interesse bei den Beschäftigten des Sozial- und Gesundheitswesens ist, und dass dringendster politischer Handlungsbedarf besteht," schließt Rudolf.

Rückfragehinweis:

Christine Rudolf, KIV/UG, Tel: 0676/340 05 42
Markus Koza, AUGE/UG, Tel: 0676/951 27 82
Internet, Programm: www.kiv.at/vernetzung-soziales, www.auge.or.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/3521/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Frau in der Wirtschaft: Quotenregelung für Frauenförderung zuwenig

Utl.: Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern =

Wien (OTS/PWK220) - Anlässlich der jüngsten Meldung von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek zu einem geplanten Stufenplan zur Erhöhung der Frauenquote in Aufsichtsräten auf 40 Prozent gibt sich Adelheid Fürntrath-Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft, skeptisch: "Es ist nicht die Lösung, nur mit der Quotenkeule zu schwingen und eine verpflichtende Quotenregelung einzuführen" so Fürntrath-Moretti zu der von Heinisch-Hosek geplanten Maßnahme.

Eine spontan festgesetzte Quote könne nicht als "absolute Lösung" angesehen werden. Viel eher müsse man Gründe erkennen, warum in den verschiedenen Bereichen so wenige Frauen in Top-Jobs vertreten seien. Außer in technischen Berufen, wo immer noch ein Mangel an Frauen herrsche und ganz klar die Unterrichtsministerin gefordert sei, scheitere es selten an der Kompetenz der Frauen. Und gerade dann seien Quoten nicht die Lösung. Vielmehr gelte es, Frauen für Spitzenpositionen gezielt zu fördern und sie auf ihrem Weg nach oben zu begleiten.

"Wichtig ist, notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen, vor allem in Hinblick auf flexible **Kinderbetreuung**" so Fürntrath-Moretti. Zwar seien die steuerliche Absetzbarkeit der **Kinderbetreuung** sowie die Einführung des einkommensabhängigen Kindergeldes Meilensteine gewesen, jedoch bestehe bei der Qualität der **Kinderbetreuung** in Österreich klarer Aufholbedarf.

Frauen sind in vielen Bereichen ganz klar auf der Überholspur: Sowohl die Zahl der Unternehmerinnen als auch die Zahl der unselbstständig tätigen Frauen sowie die Frauenerwerbsquote insgesamt sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. "Der Anteil der

Gründerinnen ist geradezu explodiert", so Fürntrath-Moretti. Entfielen 1997 insgesamt 27,1 % der Gründungen auf Frauen, so stellten die Gründerinnen 2009 mit einem Anteil von 40,6 % einen neuen Rekord auf. Heutzutage sind bereits mehr als 37,5 % aller Unternehmen in weiblicher Hand.

Fürntrath-Moretti abschließend: "Für jede Frau müssen die Rahmenbedingungen stimmen, um Job und Familie bestmöglich zu vereinen. Kann eine Frau die Frage danach nicht mit einem eindeutigen Ja beantworten, besteht ein Hindernis in der Karriereplanung. Und die Politik ist gefordert, diese Hindernisse aus dem Weg zu schaffen anstatt über eine Quotenplanung nachzudenken." (us)

Rückfragehinweis:
 Frau in der Wirtschaft
 Mag. Veronika Weinbergmair
 Wiedner Hauptstraße 63
 1040 Wien
 05 90 900 30 16

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERRECHTE

Marek: Es geht um das Wohl des Kindes im Hier und Jetzt

Utl.: Eröffnungsstatement beim Kindergipfel des Österreichischen Jugendrotkreuzes "Lasst uns Kinder sein!" =

Wien (OTS/BMWFJ) - "Die Grundweisheit der Kinderrechtskonvention besagt, dass wir das Wohl des Kindes im Hier und Jetzt beachten müssen. Sie findet sich als zentraler Bestandteil des Entwurfes zum Verfassungsgesetz über die Kinderrechte wieder, wo das Kindeswohl als zentraler Maßstab für alles Handeln festgelegt wird", so Christine Marek, Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, anlässlich der Eröffnung des Kindergipfels "Lasst uns Kinder sein!" des Österreichischen Jugendrotkreuzes am Donnerstag im Tagungszentrum des Schlosses Schönbrunn.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Kindercharta des Österreichischen Jugendrotkreuzes (ÖJRK), die Marek in ihrer Rede als "die zehn Leitlinien für Menschen, die mit Kindern arbeiten" bezeichnete. Es gehe darum, so die Staatssekretärin, das rechte Maß zwischen Vorbereitung auf das "Leben" und dem Kind-Sein-Können zu finden, Kinder zu tüchtigen Mitgliedern der Gesellschaft heranzuziehen und ihnen dafür die besten Rahmenbedingungen - allem voran Bildung - zu geben ohne sie dabei aber zu überfordern. "Denn es ist schwierig, aus permanent überforderten Kindern gesunde, selbstbewusste, kreative, lebensfrohe Erwachsene werden zu lassen", so die Familienstaatssekretärin.

Elternbildung sei ihr deshalb ein besonderes Anliegen, setzte Marek fort. Mit 1,3 Millionen Euro fördere das Familienministerium qualifizierte Elternbildungsveranstaltungen in ganz Österreich, die letztes Jahr von rd. 90.000 Eltern besucht wurden. Wichtig seien dabei vor allem auch niederschwellige Informationen zu Erziehungsthemen, die auch der gewaltfreien Erziehung dienen: Schriftliche Informationen in Form von Elternbriefen sowie als interaktive CD-Roms "Tipps für Eltern". "Dabei stehen wir vor der großen Herausforderung, Eltern zu erreichen, die von sich aus davon überzeugt sind, für ihre Aufgabe als Mutter und Vater auf Wissen und Erfahrung von anderen verzichten zu können."

Zwtl.: Ächtung von Gewalt als Erziehungsmittel

Als weiteres zentrales Thema nannte Marek die Ächtung von Gewalt als Erziehungsmittel: Diese sei zwar seit 1989 in Österreich verboten, leider aber nach wie vor nicht tabu. Lediglich 30 Prozent der Eltern kämen gänzlich ohne Gewalt aus. "Die Schlagzeilen der vergangenen Tage und Wochen über tragische und unentschuld bare Missbrauchsfälle haben gezeigt, dass wir uns auch aktiv mit dem Thema des sexuellen Kindesmissbrauchs, seinen Folgen und präventiven Maßnahmen auseinandersetzen müssen. Bei diesen Verbrechen geht es aber nicht nur um die Kirche, denn 80 bis 90 Prozent der Missbrauchsfälle passieren in der Familie bzw. im familiären Umfeld. Aus diesem Grund habe ich gemeinsam mit Justizministerin Bandion-Ortner für den 13. April Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen zu einem Runden Tisch ins Familienministerium eingeladen, um die Bereiche Prävention, Kommunikation und Sensibilisierung im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch auf breiter Basis zu diskutieren und mögliche Lösungen im Kampf dagegen aufzuzeigen", sagte Marek abschließend.

Rückfragehinweis:

~
 Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
 Staatssekretariat: DI (FH) Lukas Pohl
 Tel.: +43 (01) 711 00-5838

~
 Presseabteilung: Dr. Harald Hoyer
 +43 (01) 711 00-2058
presseabteilung@bmwfj.gv.at
www.bmwfj.gv.at

~
 *** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

MONTESSORI

Montessori-Schulen klagen über Drangsalierung

23.03.2010 | 14:01 | (DiePresse.com)

Die Behörden wollen alternative Schulen immer mehr angleichen, heißt es von der Montessori Gesellschaft. Grund für das Misstrauen seien "schwarze Schafe", die das Etikett missbrauchen.

Österreichs Montessori-Schulen leiden unter zunehmendem Druck durch die Schulbehörden und unter Geldmangel. Die Schulaufsicht werde bei der Zulassung von Montessori-Lehrern ohne öffentliches Lehramt immer restriktiver. Außerdem müssten die Montessori-Einrichtungen Lehrer, Materialien und Schülerhalt selbst finanzieren und bekämen nur 1000 Euro pro Schüler und Jahr vom Staat, beklagt die Präsidentin der Österreichischen Montessori Gesellschaft, Saskia Haspel. Dieses Schicksal teilen auch die übrigen nicht-staatlichen und nicht-konfessionellen Schulen, also etwa Waldorf-Schulen.

Anders als in "normalen" Schulen wird auch nicht streng nach Fächern getrennt. Zwar gibt es durchaus Unterscheidungen in Sprachen, Mathematik, Bewegung oder etwa kosmische Erziehung (Natur- und Gesellschaftswissenschaften). Wichtig ist den Schulen aber die Förderung des vernetzten Denkens.

Die Behörden könnten oft nicht mit den großen pädagogischen Unterschieden zwischen Montessori- und Regelschulpädagogik umgehen und versuchten, diese Schulen "durch immer schärfere Vorschriften an die öffentlichen Schulen anzugleichen", kritisiert Haspel. Die Haltung der Behörden nennt sie "duldend bis ablehnend".

Oft Aufnahmeprüfung bei Wechsel

Oft werde beim Wechsel von Montessori-Schülern an andere Schulen sogar eine Aufnahmeprüfung verlangt. Die Montessori-Pädagogik sieht zwar prinzipiell keine Zeugnisse, sondern "Pensbücher" vor, in denen das Erreichen von Lernzielen bewertet wird. "Natürlich" würden Zeugnisse aber bei Bedarf ausgestellt. Immerhin gibt es derzeit keine Montessori-Schulen mit Oberstufe, da die Schulen dafür zu klein seien, so Haspel. Die Schüler würden daher danach in eine AHS oder Berufsbildende Höhere Schulen wechseln.

Gütesiegel für "echte" Montessori-Schulen

Grund für dieses Misstrauen sind laut Haspel "schwarze Schafe", die unter dem "werbewirksamen Schlagwort" Montessori arbeiten. Zur Abgrenzung der "echten" Montessori-Schulen wurde zuletzt ein Gütesiegel für den deutschsprachigen Raum entwickelt. Fünf ÖMG-Schulen haben im ersten Durchgang das Qualitätszeichen erhalten, "viel mehr gibt es in Österreich nicht".

Zu einer "echten" Montessori-Schule gehört eine vollwertige Montessori-Ausbildung der Lehrer, die Generalisten sein müssen, denn der Unterricht ist fächerübergreifend und vernetzt. "Rückgrat" des Lehrplans sind Geschichte und Naturwissenschaften. Schon wenn die Kinder die Buchstaben lernen, werden die historischen Zusammenhänge mitgeliefert. Zusätzlich gehen die Schüler häufig in Einrichtungen wie Museen oder Universitätsinstitute, wo sie je nach Interesse ihr Wissen vertiefen können.

Keine Vermischung mit anderen Konzepten

Zu den Qualitätsstandards gehört auch, dass Montessori nicht mit anderen pädagogischen Konzepten vermischt wird. Die Montessori-Pädagogik sieht vor, dass Schüler von sechs bis neun Jahren bzw. von neun bis zwölf und von zwölf bis 15 Jahren jeweils gemeinsam unterrichtet werden und so die Jüngeren von den Älteren lernen können. Die Grundschule besuchen Kinder von sechs bis zwölf Jahren, der Unterricht enthält den Inhalt des Lehrplans der gesamten Unterstufe. Denn, so Haspel, "Montessori-Schüler sind dem Regelschulwesen immer zwei Jahre voraus".

(APA)

http://diepresse.com/home/bildung/schule/548170/index.do?_vl_backlink=/home/bildung/schule/index.do

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

KPH Wien/Krems lädt zum Symposium "sinn:voll" - Begabungskulturen zwischen narzisstischer Illusion und sozialer Verantwortung - 11. ECHA Tagung Österreichs vom 14.4.2010 bis zum 16.4.2010

Wien (OTS) - Orte:

Mittwoch 14.4.2010: Eröffnung: 18.00 Uhr
in der Akademie der Wissenschaften;
Dr. Ignaz Seipel-Platz 2; 1010 Wien

Donnerstag 15.4.2010 und Freitag 16.10.2010:
Institut TIBI, Stephansplatz 3; 1010 Wien

Veranstalter:

Institut TIBI für Begabtenförderung und Begabungsforschung an der
Kirchlichen Pädagogischen Hochschule Wien/ Krems in Kooperation mit
dem Verein ECHA Österreich

Inhaltliche Ausrichtung

Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für LehrerInnen im Bereich
der Begabungsförderung müssen Fragen und die Diskussion über ethisch
verantwortetes - pädagogisches - Denken und Handeln initiieren und
zulassen.

Die ECHA -Österreich Tagung 2010 präsentiert eine Vielfalt von
innovativen Perspektiven mögliche Antworten und Orientierungsansätze:
Mit dem Begriff der "Begabungskulturen" wird der Bogen gespannt
zwischen dem Aspekt des Machbaren und der Dimension der

Selbstentfaltung, die beide aufs Engste mit dem Fördergedanken in Zusammenhang stehen.

Was ist sinnvoll im Bereich der Begabungs- und Begabtenförderung? Im Zentrum steht die individuelle Biografie des Menschen mit seiner Begrenztheit, Widersprüchlichkeit aber auch mit der Verwurzelung in der Tradition, Kultur und Kunst einer Gesellschaft. Der Zukunftsaspekt des Fördergedankens wird in die Diskussion aufgenommen, indem Sinnstiftung eine Interpretation erfährt dadurch, dass Begabte neue Kulturformen schaffen und diese in der Tradition verankern.

International renommierte WissenschaftlerInnen beleuchten in drei Hauptvorträgen das Veranstaltungsthema aus unterschiedlichen Blickwinkeln. In einer Podiumsdiskussion werden Lebensbiografien nachgezeichnet, die eine individuelle Antwort auf die Sinnfrage gefunden haben.

Podiumsdiskutanten: Timma Brauer, Ulrike Greiner, Markus Hengstschläger, Rudolf Mitlöhner, Leo Steiner, Rudolf Taschner
Alle Angebote zielen darauf ab, begabungsfördernde Grundhaltungen zu reflektieren und jene Sensibilität zu wecken, die notwendig ist, im Rahmen von Begabungsförderung verantwortlich, intellektuell und emotional offen auf die unterschiedlichen Denkweisen der Kinder und Jugendlichen zuzugehen. So tragen Professionalisierung und Kompetenz-entwicklung von PädagogInnen immer auch zur Stärkung des gesamten gesellschaftlichen Systems bei.

Anmeldung und genaues Programm unter: www.institut-tibi.at/echa
und unter: 0664 - 8366710 (Frau Mag. Andrea Pinz)

Rückfragehinweis:

Claudia Gartner, Presse und Kommunikation
Kirchliche **Pädagogische Hochschule** Wien/Krems
t.: +43-664-610 13 29, m.: claudia.gartner@kphvie.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/5886/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Wochenreport für Ihre Homepage <http://www.Plattform-EduCare.org>

Die Statistik zeigt jeweils die Besucherzahl pro Wochentag.

Sun 14 - 16
Sat 13 - 12
Fri 12 - 32
Thu 11 - 18
Wed 10 - 22
Tue 09 - 16
Mon 08 - 15

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Forschungsbericht 3: Tageseltern in Österreich

Rahmenbedingungen, Zufriedenheit und Motive aus Sicht von Eltern und Tageseltern

Markus Kaindl • Michael Kinn • Doris Klepp • Irene Mariam Tazi-Preve
Februar 2010

➔ **Siehe pdf-Beilage**

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

Kindgemäße Pädagogik -
Veranstaltungen und Events

„Kinder brauchen Männer“! Männer in der Kinderbetreuung – neue Perspektiven für die Elementarpädagogik

Das Forschungsteam „elementar“ unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Josef Christian Aigner möchte Sie sehr herzlich zur Abschlussstagung des wohl umfangreichsten Projektes über „Männer in der Elementarpädagogik“ im deutschsprachigen Raum einladen:

„Kinder brauchen Männer“! Männer in der Kinderbetreuung – neue Perspektiven für die Elementarpädagogik am 11./12. Juni 2010 an der Universität Innsbruck.

An zahlreiche Adressen erfolgt nächste Woche eine Aussendung per Post.

Wir würden uns über Ihr Interesse sehr freuen und ersuchen um baldige Anmeldung wegen großen erwartbaren Interesses
elementar-ezwi@uibk.ac.at

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Koch

Mag. Bernhard Koch
Institut für psychosoziale Intervention und Kommunikationsforschung,
Fakultät für Bildungswissenschaften,
Universität Innsbruck
(bis 31.12.2009 Inst. f. Erziehungswissenschaften)
Schöpfstraße 3, A-6020 Innsbruck
Tel. 0512/507-4018; 0681/10327578
bernhard.koch@uibk.ac.at
<http://www.uibk.ac.at/ezwi/>
<http://www.uibk.ac.at/ezwi/elementar/>

SONSTIGES

Tagung des Instituts Suchtprävention 17. Mai 2010, 9.00 – 17.00 Uhr, Redoutensäle-Linz: "Kommunale Suchtprävention: Modelle, Chancen, Spannungsfelder"

Die Gemeinde ist ein sozialer Nahraum mit überschaubaren Strukturen. Hier können sich langfristig wichtige Schutzfaktoren entwickeln, die ein Abgleiten in eine Sucht verhindern. Für die Suchtprävention bieten Gemeinden einen idealen Ansatzpunkt. Denn hier finden sich sämtliche Lebensbereiche: Familie, Schule, Arbeit, Wohnen, Freizeit.

Die diesjährige Tagung widmet sich den Möglichkeiten der Suchtprävention auf kommunaler Ebene. Dabei werden sowohl theoretische Ansätze als auch konkrete heimische und internationale Praxisbeispiele vorgestellt.

Tagungsanmeldung und Auswahl eines Workshops (+ 1 Ersatzworkshop) unter info@praevention.at oder 0732 77 89 36.

Anmeldeschluss: 7.5.2010

➔ Das detaillierte Programm sowie Informationen zu den Workshops finden Sie im pdf-Anhang: Einladung Institutstagung... und Workshop-Abstracts

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.